

Keine Chance für Protestbewegungen

Meinungsäußerungen im Ein-Parteien-System sind nicht erwünscht

von Anke Timmann

Die Autorin ist Dozentin an der Akademie für internationale Zusammenarbeit (AIZ) bei der GIZ und bereitet Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihren Einsatz in Laos vor.

Menschenrechtsgruppen bezeichnen Laos neben Nordkorea als eines der repressivsten Länder der Region. Freie Meinungsäußerung wird sanktioniert, offener Protest ist lebensbedrohlich. Davon zeugen zahlreiche Verhaftungen von Andersdenkenden, die ihre Meinung offen geäußert haben. Im Land fehlt eine Öffentlichkeit, in der sich Menschen mit kontroversen Themen auseinandersetzen können. Medien sind in Staatsbesitz und können – genau wie NGOs – nur unter strikter staatlicher Kontrolle arbeiten.

Im Dezember 2012 verschwand Sombath Somphone (60), ein Bürgerrechtler, spurlos. Seitdem befinden sich die NGOs in Laos in einer Art Schockzustand. Auch mehr als vier Jahre nach seinem Verschwinden gibt es keine Erkenntnisse. »Auf Nachforschungen reagiert die laotische Regierung mit Verzögerung, Verleugnung und Verschleierung«, so Phil Robertson, Vizedirektor der Abteilung Asien von *Human Rights Watch*.

Gemunkelt wird, dass ein Teil des Staatsapparates in Sombaths Verschwinden involviert ist. Anders lassen sich die vertuschenden offiziellen Antworten kaum deuten, wenn es darum geht aufzuklären, wie Sombath – von Videokameras aufgezeichnet – aus einer Polizeistation in der Hauptstadt verschleppt werden konnte.

Ein ähnliches Schicksal wie das von Sombath erfuhr 2007 Sompawn Khantisouk, Mitte 30, Umweltaktivist und Besitzer einer Ökolodge in Luang Namtha. Er wurde auf dem Weg zu einer Polizeiwache gekidnappt und seither nicht mehr gesehen.

Beide Männer arbeiteten mit DorfbewohnerInnen zusammen und waren international gut vernetzt. Dadurch erlangte ihr Verschwinden eine beachtliche internationale Aufmerksamkeit, die jedoch bisher nicht zur Aufklärung führte. In beiden Fällen wurden zeitlich parallel NGO-AktivistInnen ausgewiesen. Aufgrund einer überschaubaren Mittelschicht, der dünnen Besiedelung und der geringen Urbanisierung sind zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Laos einfach zu überwachen.

Sozialdemokratische Bewegungen nach der Machtergreifung 1975

Feng Sakchittaphong, Thongsouk Saysangkhi und Latsami Khaphoui, drei Parteimitglieder in ehemals hohen Positionen forderten 1990 in einem offenen Brief eine friedliche demokratische Öffnung. Sie wurden verhaftet und in einem unfairen Prozess

1992 zu 14 Jahren Haft verurteilt. Saysangkhi starb 1998 in der Haft, weil ihm medizinische Behandlung verweigert wurde, Sakchittaphong und Khaphoui gingen nach ihrer Freilassung 2004 ins französische Exil.

Ende der 1990er Jahre gründete sich die *Lao Students Movement for Democracy*. Beim Versuch während des Bootsrennens im Oktober 1999 in Vientiane Transparente mit Forderungen nach mehr Demokratie auszurollen, wurden ca. 100 Personen verhaftet. Die Anführer der Bewegung Thongpaseuth Keuakoun, Khamphouvieng Sisaath, Seng-Aloun Phengphanh, Bouavanh Chanhmanivong und Keochay wurden 2001 zu 20-jährigen Haftstrafen verurteilt. Sisaath verstarb 2001 durch Misshandlungen im Gefängnis, Keuakoun und Phengphanh sitzen immer noch im Gefängnis, das Schicksal der anderen beiden Verhafteten ist unbekannt.

2009, zum zehnjährigen Jahrestag der Oktoberprotestler und vor den Southeast Asian Games, die Ende 2009 in Vientiane stattfanden, gab es erneut einen Demonstrationsversuch. Dabei wurden 346 Menschen verhaftet. Von neun Verhafteten gibt es noch immer keine Nachricht.

Das sind nur die prominentesten Beispiele, weitere so genannte gewaltlose politische Gefangene sitzen aktuell in Laos in Haft.



Der Bürgerrechtler Sombath Somphone verschwand im Dezember 2012. Bis heute gibt es keine Spur.
Foto: Maina Kiai

Verurteilt wegen kritischen Facebook-Posts: Somphone Phimmavong, Lodkham Thammavong und Soukan Chaithad sind seit einer öffentlichen Entschuldigung im Fernsehen verschwunden.
Foto: Citizen Journalist



Informationen verschwinden in schwarzen Löchern

Über all diese Vorfälle berichten die lokalen streng kontrollierten Medien kaum. JournalistInnen können für Nachrichten, die »den Staat schwächen«, mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden. Um Schwierigkeiten zu vermeiden, üben Medienschaffende Selbstzensur und vermeiden politisch sensible Themen. Viele JournalistInnen sind Parteimitglieder, Zensoren sitzen direkt in den jeweiligen Medieninstitutionen. Die Vorfälle werden als »öffentliche Geheimnisse« unter der Hand diskutiert oder nur in internationalen Medien erwähnt. Hervorzuheben ist *Radio Free Asia* (RFA) mit guten Kontakten ins Land. Ounkeo Souksavanh ist einer der Journalisten bei RFA. Zu seiner eigenen Sicherheit ging er 2012 in die USA, nachdem in Laos seine Radiosendung verboten wurde, in der AnruferInnen sich live zu umstrittenen Themen wie z. B. Korruption, Machtmissbrauch und Landraub äußern konnten.

Das Internet als Chance für eine demokratische Öffnung?

Zwar wird das Internet vor allem in den größeren Städten immer beliebter und online wird heftig diskutiert. Die Hoffnung jedoch, dass auf diesem Weg eine politische Öffnung angestoßen wird, wurde 2014 durch eine verstärkte Internetkontrolle zunichte gemacht. Unter Dekret 327, das die Verbreitung »unangebrachter Informationen« bestraft, wurden mehrere BloggerInnen verurteilt, teils zu hohen Geldstrafen, teils zu Gefängnisstrafen. 2015 wurde Bounthanh Thammavong (52), wegen eines regierungskritischen Eintrags auf seiner *facebook*-Seite zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. 2016 wurden Somphone Phimmavong (29), Lodkham Thammavong (30) und Soukan Chaithad (32) angeklagt, mit regierungskritischen Kommentaren gegen die nationale Sicherheit verstoßen zu haben. Im laotischen Fernsehen mussten sich die drei Angeklagten öffentlich für ihre Posts entschuldigen. Über ihren Verbleib ist seither nichts bekannt. Die unangemessen hohen Strafen zeigen, dass die Machthaber auch die (Internet-) Community außerhalb des Lan-

des beobachten und kritische Meinungsäußerungen (auch online) hart ahnden.

Ann-Sophie-Gindroz, ehemalige Direktorin der Schweizer NGO *Helvetas*, 2012 aus Laos ausgewiesen, warnt Hilfsorganisationen davor, die fehlende Presse- und Meinungsfreiheit und die damit verbundenen Restriktionen für lokale Gemeinschaften hinsichtlich einer fairen und nachhaltigen Entwicklung zu unterschätzen.

Eine politische Öffnung ist in nächster Zeit nicht zu erwarten

Im *Bertelsmann Transformation Index 2016* werden die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung aufgrund fehlender Presse- und Meinungsfreiheit und einer stark eingeschränkten Versammlungsfreiheit als »sehr gering entwickelt« eingestuft. Bemühungen internationaler Menschenrechtsgruppen, die per Gesetz garantierten Menschenrechte auch umzusetzen, bleiben erfolglos. Auch wenn die internationale Gebergemeinschaft die beginnende Diskussionsfreudigkeit der laotischen Parlamentsmitglieder positiv hervorhebt, bleibt die Bereitschaft der Regierung, zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen beizutragen, vorerst reines Lippenbekenntnis. Hartes und vor allem willkürliches Durchgreifen, verbunden mit Verschleierung und Totschweigen, bleibt Teil der Strategie der Machthabenden, dem Entstehen von Protestbewegungen vorzubeugen. ■

Literatur

- > Clark, Helen (2014): Laos: Crony scheme in control of press and civil society. Indexcensorship. <https://www.indexcensorship.org/2014/05/laos-crony-scheme-control-press-civil-society>
- > Preeti, Jha (2016): Laos cracks down on social media critics. In a new strike on freedom of expression, Laos broadcasts a stark warning to social media users. <http://www.aljazeera.com/news/2016/06/laos-cracks-social-media-critics-160606092251543.html>
- > RFA (2016): Interview: Lao People Fighting For Change ›Deserve Better Than Silence‹. <http://www.rfa.org/english/news/laos/laos-repression-02162016173526.html>